

Aktuell



Nr. 81

15.07.2015

Inhalt

Rheinland-Pfalz

Stellungnahme des vlbs zur Inklusion

Bayern

Offener Brief des VLB zur Lehrerversorgung

Bayern

Antwort des Bayerischen Staatsministeriums für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst

Bayern

Modellprojekt "Perspektive Beruf für Asylbewerber und Flüchtlinge"

OECD

Bericht zur Integration von Zuwanderern

Bertelsmann Stiftung

Bevölkerungsprognose Deutschland

BMBF

Die Berufsausbildung zukunftssicher machen

Baden-Württemberg

Kabinettsvorlage zur Neugestaltung der Fachlehrerausbildung beschlossen

Führungskräftekongress Beruflicher Schulen 2015
1.-2. Oktober 2015, in Berlin
„Schule effektiv führen“
Jetzt anmelden!

www.bbs-führungskräfte.de

Rheinland-Pfalz

Stellungnahme des vlbs zur Inklusion

Der Verband der Lehrerinnen und Lehrer an berufsbildenden Schulen (vlbs) in Rheinland-Pfalz hat eine Stellungnahme zum Gesetzentwurf der Landesregierung „Stärkung der inklusiven Kompetenz und der Fort- und Weiterbildung von Lehrkräften“ ausgearbeitet. Grundsätzlich begrüßt der vlbs eine gesetzliche Regelung, kritisiert allerdings entschieden die im Entwurf erklärte Kostenneutralität.

mehr: http://www.vlbs.org/vlbs_hp/aktuelles/15-05-19-stellungnahme-fort-weiterbildung.pdf

Bayern

Offener Brief des VLB zur Lehrerversorgung

Der Verband der Lehrer an beruflichen Schulen in Bayern hat in einem „Offenen Brief“ an Staatsminister Dr. Spaenle konkrete Hilfen für die beruflichen Schulen gefordert. Konkret heißt es darin: „So funktioniert es nicht! – Berufliche Schulen benötigen konkrete Hilfe!“ Die Unterrichtsversorgung an beruflichen Schulen ist katastrophal! Wir stehen im kommenden Schuljahr vor dem Kollaps.

mehr: <http://www.vlb-bayern.de/index.php/gv/10-gv-aktuell/704-offener-brief-an-staatsminister-dr-ludwig-spaenle>

Bayern

Antwort des Bayerischen Staatsministeriums für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst

"Die beruflichen Schulen in Bayern haben derzeit große Herausforderungen zu meistern. Diese sind gerade durch den anhaltenden Zustrom junger Flüchtlinge und Asylbewerber, aber auch durch Zuzüge aus anderen Teilen Deutschlands mithervorgerufen. Der Erfolg der beruflichen Schulen in Bayern sorgt außerdem seit Jahren für steigende Schülerzahlen. Es geht darum, angesichts dieser Herausforderungen die Unterrichtsversorgung und die Qualität an den beruflichen Schulen weiter zu sichern", so Bayerns Bildungsminister Dr. Ludwig Spaenle zu dem an ihn gerichteten "Offenen Brief" des Verbandes.

mehr: <http://www.km.bayern.de/pressemitteilung/9626/nr-259-vom-07-07-2015.html>

Bayern

Modellprojekt "Perspektive Beruf für Asylbewerber und Flüchtlinge"

"An unseren Berufsschulen wollen wir die nach Bayern kommenden jugendlichen Flüchtlinge und Asylbewerber bestmöglich unterstützen. Wir haben für sie daher spezielle Klassen eingerichtet - ein Modell, das bundesweit Beachtung findet. Bei dem Erreichten wollen wir aber nicht stehen bleiben", sagte Bildungsminister Dr. Ludwig Spaenle in München. "Deswegen begrüßen wir es sehr, dass das Projekt ‚Perspektive

Beruf für Asylbewerber und Flüchtlinge' zum kommenden Schuljahr an 21 bayerischen Berufsschulen starten wird", betonte Bildungsstaatssekretär Georg Eisenreich, Vorstandsvorsitzender der Stiftung Bildungspakt Bayern.

mehr: <http://www.km.bayern.de/pressemitteilung/9625/nr-257-vom-06-07-2015.html>

OECD

Bericht zur Integration von Zuwanderern

In Deutschland ist es in den vergangenen Jahren gelungen, Einwanderer immer besser in den Arbeitsmarkt zu integrieren, bei den Kindern im Ausland geborener Eltern besteht dagegen weiter Aufholbedarf. Während sich die Beschäftigungssituation von Zuwanderern in Österreich seit 2007 verbessert hat, haben Kinder von Migranten in Österreich noch starken Aufholbedarf gegenüber Jugendlichen ohne Migrationshintergrund. Verglichen mit anderen OECD- und EU-Ländern sind Migranten in der Schweiz vor allem im Arbeitsmarkt gut integriert: 76 Prozent aller Zuwanderer sind erwerbstätig, während es europaweit nur 62 Prozent sind.

Der OECD-Bericht „Indicators of Immigrant Integration 2015: Settling In“ legt zum ersten Mal vergleichende Indikatoren aus allen OECD- und EU-Ländern vor. Dazu wertet er Daten über Bildung, Gesundheit, Wohnverhältnisse sowie zur Einkommens- und Arbeitsmarktsituation von Zuwanderern und Zuwandererkindern aus. Ein Sonderkapitel beschäftigt sich mit den Kindern von Migranten.

mehr: www.oecd-ilibrary.org/social-issues-migration-health/indicators-of-immigrant-integration-2015-settling-in_9789264234024-en

Bertelsmann Stiftung

Bevölkerungsprognose Deutschland

Deutschland wird bis zum Jahr 2030 um mehr als eine halbe Million Einwohner schrumpfen. Das zeigt eine Bevölkerungsprognose aus dem Datenportal „Wegweiser Kommune“ der Bertelsmann Stiftung. Für die Studie wurde die zahlenmäßige Entwicklung der Bevölkerung für Städte und Gemeinden ab 5.000 Einwohner sowie aller Landkreise berechnet. Demnach werden in 15 Jahren trotz zu erwartender hoher Zuwanderung in Deutschland nur noch 79,97 Millionen Menschen leben, 0,7 Prozent weniger als 2012.

mehr: <http://www.bertelsmann-stiftung.de/de/presse/pressemitteilungen/pressemitteilung/pid/demographischer-wandel-verstaerkt-unterschiede-zwischen-stadt-und-land/>

BMBF

Die Berufsausbildung zukunftssicher machen

Das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) fördert neue Projekte, um das System der dualen Berufsausbildung zu stärken. Ziel der Förderung im Rahmen des Programms JOBSTARTER plus ist es, regionale Ausbildungsstrukturen und den Übergang von der Schule in die Ausbildung zu verbessern. Bundesbildungsministerin

Johanna Wanka sagte "Wir wollen die duale Berufsausbildung zukunftssicher und attraktiver machen. Insbesondere kleine und mittelgroße Unternehmen (KMU) wollen wir unterstützen, damit sie weiterhin einen bedeutsamen Beitrag zur dualen Berufsausbildung leisten können. Zielsetzung für mögliche Projekte ist es, gemeinsam mit KMU Wege und Instrumente zu entwickeln, damit sie sich neue Zielgruppen erschließen und beim Wettbewerb um Auszubildende mit großen Unternehmen mithalten können."

mehr: <http://www.bmbf.de/press/3823.php>

Baden-Württemberg Kabinettsvorlage zur Neugestaltung der Fachlehrerausbildung beschlossen

Beschlossen hat der Ministerrat die Kabinettsvorlage zur Neugestaltung der Ausbildung von Fachlehrkräften und Technischen Lehrkräften. Die Ausbildungsreform wird zum Schuljahr 2016/2017 umgesetzt. Kern der Neugestaltung ist, die Dauer der Ausbildung von derzeit eineinhalb bzw. zwei Jahren auf drei Jahre zu verlängern, um den erweiterten Anforderungen an diese Berufsgruppe Rechnung zu tragen - etwa im Hinblick auf den Umgang mit Heterogenität und die Umsetzung inklusiver Bildungsangebote. Fachlehrkräfte und Technische Lehrkräfte sollen künftig besser auf den gemeinsamen Unterricht mit wissenschaftlich ausgebildeten Lehrerinnen und Lehrer vorbereitet und für ein Arbeiten in multiprofessionellen Teams qualifiziert werden.

mehr: http://www.km-bw.de/Lde/Startseite/Service/07_07_2015+Gesetzentwurf+Weiterentwicklung+Realschule+und+Fachlehrer/?LISTPAGE=344894

Den nächsten Newsletter erhalten Sie am 22.7.2015

